



HESSISCHER LANDTAG

16. 06. 2015

Plenum

Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Fahrradland Hessen - Radverkehr als zentraler Mobilitätsbestandteil

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Radverkehr ein wichtiger Bestandteil der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger ist. Radfahren in Hessen ist mehr als nur Freizeitverkehr; es ist ein integraler Bestandteil der Alltagsverkehre. Als Teil eines modernen Verkehrssystems mit positiven Auswirkungen auf Klima und Umwelt, mit seinem Beitrag zur Schaffung lebenswerter Städte und Gemeinden oder auch mit den positiven Effekten für die Gesundheit kann der Radverkehr zur Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen.
2. Der Landtag begrüßt, dass aus den auf Landesebene zur Verfügung stehenden Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GFVG)) in diesem Jahr 7 Mio. € pro Jahr für Maßnahmen des Rad- und Fußverkehrs vorgesehen sind. Ebenso stehen 2015 8 Mio. € aus Bundesmitteln zur Verfügung. Weiter begrüßt der Landtag die Ankündigung der Landesregierung, ab 2016 jährlich 4 Mio. € im Rahmen des Landesstraßenbauprogramms in das Radwegenetz investieren zu wollen. Damit wird es ermöglicht, von 2016 bis 2022 60 Radwege an Landesstraßen zu bauen und damit das Radwegenetz an Landesstraßen in Hessen deutlich zu erweitern.
3. Der Landtag stellt fest, dass der Radverkehr in Hessen zunimmt; E-Bikes und Pedelecs bieten die Möglichkeit, auch bergige Regionen im Alltagsverkehr zu erschließen und neue Nutzergruppen für den Radverkehr zu gewinnen. Nach Auffassung des Landtages muss es Ziel sein, die Fahrradinfrastruktur weiter auszubauen, die Verkehrssicherheit für Radfahrende zu erhöhen und die Fahrradkultur in Hessen zu stärken. Um die Fahrradnutzung weiter zu unterstützen, ist es erforderlich, mit Information und Kommunikation das Fahrradfahren noch stärker in das Bewusstsein von Bürgern, Verwaltung und Politik zu rücken. Dies gilt insbesondere bei Fragen der Sicherheit von Radfahrerinnen und Radfahrern im Straßenverkehr.
4. Zur besseren Förderung des Rad- und Fußverkehrs laufen derzeit die Vorbereitungen zur Gründung der "Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität (AGNH)". Damit wird Kommunen und anderen Akteuren in diesem Themenfeld eine Plattform zu Kommunikation, Erfahrungsaustausch und Vernetzung angeboten. Die Geschäftsstelle dieser AG wird innerhalb des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung angesiedelt und übernimmt die Koordinierung der Mitglieder, Aufgaben und Initiativen.
5. Um den Ausbau der Fahrradinfrastruktur weiter zu forcieren, bittet der Landtag die Landesregierung, bei der Deutschen Bahn AG auf den Abschluss von Rahmenvereinbarungen hinzuwirken, um den Kommunen an Bahnhöfen geeignete Flächen oder Gebäude für die Errichtung und Einrichtung von gut zugänglichen Fahrradabstellanlagen, -garagen und -stationen im Nahbereich der Haltestellen zur Verfügung zu stellen. Die Größe der geeigneten Flächen und Gebäude orientiert sich jeweils an der aktuellen Nachfrage und dem potenziellen Bedarf. Wegen der überwiegend langfristigen Abstelldauer im sog. "Bike+Ride-Verkehr" sind insbesondere Maßnahmen zum Wetter- und Diebstahlschutz nach dem Stand der Technik zu berücksichtigen. Das Land Hessen fördert hierbei die Errichtung von Fahrradabstellanlagen und Fahrradstationen bereits heute aus Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes und des Entflechtungsgesetzes.
6. Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Deutschen Bahn AG, in den neu zu beschaffenden Fernverkehrszügen ICx und Doppelstock-IC Fahrradmitnahmemöglichkeiten vorzusehen. Der Landtag bittet die Landesregierung in diesem Zusammenhang, sich beim Bund und bei der Deutschen Bahn AG weiterhin dafür einzusetzen, dass hierfür geeignete

te und ausreichend große Fahrradstellplätze vorgehalten werden und die Zugänglichkeit verbessert wird. Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, darauf hinzuwirken, dass bei Ausschreibungen von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs durch den Rhein-Main-Verkehrsverbund, den Nordhessischen Verkehrsverbund und den Verkehrsverbund Rhein-Neckar bedarfsgerechte Radmitnahmekapazitäten vorgegeben werden. Zudem wird die Landesregierung gebeten, ihren Einsatz für eine Ausweitung der Radmitnahmekapazitäten, besonders auf fahrradaffinen Strecken (z.B. Lahntal-Vogelsberg-Rhön, Main-Neckar-Ried) zu intensivieren. Durch eine Erweiterung oder Umrüstung der Mehrzweckbereiche von Festsitzen auf Klappsitze können kostengünstig und schnell zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden.

7. Der Radverkehr ist ein wichtiger Bestandteil für einen multimodalen Ansatz in der Verkehrspolitik. Darüber hinaus leistet eine Steigerung des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen einen Beitrag für den Klimaschutz. In Hinblick auf eine moderne Verkehrs- und Klimaschutzpolitik bittet der Landtag die Landesregierung, auch den Ausbau der Radwegeinfrastruktur voranzutreiben und hierfür die nötigen Haushaltsmittel bereitzustellen. Um noch mehr Menschen von den Vorteilen des Radfahrens zu überzeugen, muss auch das Radverkehrsnetz flächendeckend vorhanden und leistungsfähig sein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. Juni

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)